

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs bis 1985

Bevölkerungsvorausschätzung auf der Basis 1. 1. 1969 unter Berücksichtigung der Wanderungsbewegung

Nach der Erstellung und Veröffentlichung einer Bevölkerungsvorausschätzung für das Land Baden-Württemberg¹, bei der in mehreren verschiedenen Varianten auch Wanderungsansätze eingerechnet worden waren, hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Möglichkeiten von Vorausschätzungen für kleinere regionale Einheiten geprüft.

Zunächst war festzustellen, daß eine einfache Unterteilung der Bevölkerungsvorausschätzungen für das Land Baden-Württemberg nicht zu vertretbaren Ergebnissen führen kann. Wenn etwa auf einen Landesteil zum Basiszeitpunkt der Vorausschätzung Anfang 1969 ein Anteil von 10 % der Bevölkerung des Landes entfällt, ist wegen der differenzierten demographischen Struktur unseres Landes, insbesondere wegen der unterschiedlichen Geburtenziffern und Wanderungsströme und der daraus resultierenden unterschiedlichen Bevölkerungszunahme nicht zu erwarten, daß sich der Anteil der Bevölkerung dieses Gebiets im Jahr 1975 oder 1985 noch immer auf 10 % der Landesbevölkerung beläuft. Damit verbleibt nur die Möglichkeit, für jedes Teilgebiet des Landes, für das eine Bevölkerungsvorausschätzung benötigt wird, eine gesonderte Schätzung mit zumindest zum Teil unterschiedlichen Eingabedaten zu erstellen.

Bevölkerungsvorausschätzungen werden in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland ganz überwiegend in der Weise durchgerechnet, daß eine Ausgangs- oder Basisbevölkerung im Rechengang der Vorausschätzung Jahr für Jahr in die jeweils nächsthöhere Altersstufe übernommen und dabei um die aus den Sterbewahrscheinlichkeiten ermittelten Sterbefälle vermindert wird. Gleichzeitig werden Jahr für Jahr die nach den Geburtenziffern und den Überlebenswahrscheinlichkeiten der Neugeborenen zu erwartenden neu hinzukommenden Geburtsjahrgänge der Bevölkerung zugefügt. Falls der Einbau eines Wanderungsansatzes vorgesehen ist, wird die Bevölkerung in jedem Jahr der Vorausschätzung auch durch den Wanderungsansatz vermehrt oder vermindert.

Diese Art der Bevölkerungsvorausschätzung durch Weiterführung der Altersgliederung der Bevölkerung erbringt bei der unregelmäßigen Altersgliederung der Bevölkerung in der Bundesrepublik wesentlich zutreffendere Ergebnisse als Vorausschätzungen der Gesamtbevölkerung mit Hilfe von Exponential- oder logistischen Funktionen.

Damit werden folgende Ausgangswerte benötigt²:

Für die Bevölkerungsvorausschätzung:

- Bevölkerung zum Basiszeitpunkt, gegliedert nach Alter und Geschlecht;
- Sterbeziffern, alters- und geschlechtsspezifisch;
- Geburtenziffern, altersspezifisch;
- Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen, je ein Wert für die beiden Geschlechter.

Für die Einbeziehung der Wanderungen:

- ein Wanderungsansatz, gegliedert nach Alter und Geschlecht.

Für die Erwerbspersonenvorausschätzung:

- Erwerbsquoten, alters- und geschlechtsspezifisch.

Hierbei erweist sich, daß die Möglichkeiten von Bevölkerungsvorausschätzungen für kleinere Regionen zur Zeit stark dadurch eingeengt werden, daß eine nach Alter und Geschlecht untergliederte Basisbevölkerung benötigt wird. Seit der Volkszählung 1961, der bisher letzten totalen Bestandsaufnahme der Bevölkerungsstruktur und damit auch der Alters- und Geschlechtergliederung bis zur Gemeindeebene, hat sich die Bevölkerungsstruktur Baden-Württembergs erheblich verändert, jedoch in den einzelnen Landesteilen in verschiedener Weise. Es ist zu bedenken, daß von Anfang 1961 bis Anfang 1969 die Bevölkerung Baden-Württembergs um

1,056 Mill. Personen zugenommen hat, davon 569 000 aus Geburtenüberschüssen und 487 000 aus Wanderungsgewinnen, und dieser Zuwachs hat sich auf die Regionen unseres Landes unterschiedlich verteilt. Damit müssen die Altersgliederungen der Volkszählung 1961, auch entsprechend den Veränderungen auf Landesebene in allen Landesteilen parallele Fortführungen der Altersgliederung 1961, als Basis für Bevölkerungsvorausschätzungen ausscheiden. Eine echte Fortschreibung der Altersgliederung der Wohnbevölkerung aus den Zählkarten für Geburten, Sterbefälle und Wanderungen liegt indes nur für die Regierungsbezirke des Landes vor.

Daher hat das Statistische Landesamt als Beitrag zu einer „Regionalisierung“ der Bevölkerungsvorausschätzungen zunächst Vorausschätzungen für die vier Regierungsbezirke des Landes durchgerechnet. Da diese in ihrer demographischen Struktur sehr unterschiedlich sind, können diese Vorausschätzungen einen gewissen Rahmen der künftigen Bevölkerungsentwicklung abstecken.

Es ist beabsichtigt, die bei der Volkszählung 1970 neu ermittelten Altersgliederungen künftig regional tiefer gegliedert, zumindest bis zur Ebene von Stadt- und Landkreisen, fortzuschreiben. Vom Vorliegen der Ergebnisse der Volkszählung 1970 an bietet sich damit die Möglichkeit, fundierte Bevölkerungsvorausschätzungen auch für kleinere Räume als Regierungsbezirke durchzurechnen. Eine gewisse Mindestbevölkerung sollte jedoch, da sich die stets gegebenen Unsicherheiten von Vorausschätzungen bei kleinen Ausgangsbevölkerungen stärker auswirken, nicht unterschritten werden.

Ausgangsdaten der Vorausschätzung

Vorliegende Bevölkerungsvorausschätzungen für die Regierungsbezirke sind als Ergänzung zur Vorausschätzung für das Land Baden-Württemberg zu sehen, aus der wesentliche Ausgangsdaten unverändert oder modifiziert übernommen wurden.

Als *Basisbevölkerung* lag den Vorausschätzungen die Wohnbevölkerung im jeweiligen Regierungsbezirk am 1. Januar 1969 zugrunde, in der alle Personen, auch die Ausländer, enthalten sind, die an diesem Tag zur Wohnbevölkerung zählten.

Als *Sterbeziffern* wurden in alle Vorausschätzungen gleichlautend die für die Vorausschätzung auf Landesebene benutzten altersspezifischen Sterbeziffern 1966/68 eingesetzt; die regionalen Unterschiede in den altersspezifischen Sterbeziffern sind gegenüber der allgemeinen Unsicherheit einer Vorausschätzung klein³. Im Gegensatz hierzu sind bei der Fruchtbarkeit merkliche Unterschiede zwischen den einzelnen Regierungsbezirken festzustellen. Daher gingen in die Vorausschätzungen die für jeden Regierungsbezirk eigens ermittelten altersspezifischen *Geburtenziffern* 1967/68 ein.

Da in der Sterblichkeit der Säuglinge im *Geburtskalenderjahr* und in ihrer Geschlechterproportion zwischen den Regierungsbezirken keine erheblich ins Gewicht fallenden Unterschiede zu erwarten sind, wurden auch die *Überlebenswahrscheinlichkeiten der Neugeborenen* unverändert aus der Landesvorausschätzung übernommen.

Bezüglich des *Wanderungsansatzes* wurden für jeden Regierungsbezirk zwei Vorausschätzungen durchgerechnet, die der oberen und unteren Begrenzung der Landesvorausschätzung entsprechen.

Variante A: Es wurde kein Wanderungsgewinn unterstellt, das heißt, die Bevölkerung nimmt nur aus Geburtenüberschuß zu. Zum Ausgleich der Verzerrungen der Altersgliederung durch die in der Basisbevölkerung bereits enthaltenen fluktuierenden Ausländer wurde jedoch ein Ausländer-Korrekturmodell eingeführt; es wurde aus dem für die Landesvorausschätzung erstellten Korrekturmodell durch eine in allen Altersgruppen gleiche proportionale

¹ „Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 1985“ in Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 10/1969, S. 286 ff.

² Zu den Eingabewerten und ihrer Verknüpfung im Rechengang der Vorausschätzung vgl. den eingangs zitierten Beitrag und die dort genannte Literatur.

³ Vgl. „Sterblichkeit in Stadt und Land 1961“ in Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1966, S. 627 ff.

Tabelle 1 Aufteilung des Wanderungsansatzes der Vorausschätzungsvariante C

Regierungsbezirk	Anteile der Regie- rungsbezirke an den Wanderungen 1964/68 (einschl. Binnen- wanderungen)		Wohnbe- völkerung Anfang 1969
	Männer	Frauen	
	%		
Nordwürttemberg	33,0	33,4	39,0
Nordbaden	21,2	20,1	21,5
Südbaden	25,0	25,4	21,2
Südwestfalen-Hohenzollern	20,8	21,1	18,3
Baden-Württemberg	100	100	100

Aufteilung entsprechend der Gesamtzahl der Anfang 1969 in den Regierungsbezirken beschäftigten ausländischen Männer und Frauen errechnet. Da der Wanderungssaldo des Korrekturmodells Null ergibt, wird diese Vorausschätzung kurz als Vorausschätzung ohne Wanderungsansatz bezeichnet.

Variante C (entsprechend den für die Landesvorausschätzung gewählten Bezeichnungen): Hier wurde der für die Landesvorausschätzung unterstellte jährliche Wanderungsgewinn von 33 400 Personen, davon 17 700 Männer und 15 700 Frauen, ebenfalls nach einem für alle Altersjahre gleichen Schlüssel auf die Regierungsbezirke aufgeteilt. Dieser aus Tabelle 1 ersichtliche Schlüssel ergab sich aus der Aufteilung der Wanderungen 1964/68 auf die Regierungsbezirke unter Berücksichtigung der Binnenwanderungen. Dabei ist zu beachten, daß sich die Binnenwanderungen, also die Wanderungen zwischen den Regierungsbezirken, zwar auf Landesebene ausgleichen, doch werden durch die Einbeziehung der Binnenwanderungen die auf die einzelnen Regierungsbezirke entfallenden Anteile verändert⁴.

Wegen der beträchtlichen Unsicherheit jeder Vorausschätzung von Wanderungsbewegungen bereits auf Landesebene wurde darauf verzichtet, für die einzelnen Regierungsbezirke gesonderte Altersstrukturen zu ermitteln, obwohl insbesondere aus dem unterschiedlichen Anteil ausländischer Arbeitskräfte gewisse Abweichungen zu erwarten sind. Auch folgt aus dem gewählten Ansatz, daß für die Gesamtwanderung der Regierungsbezirke, also einschließlich der Binnenwanderung, die Altersstruktur der die Landesgrenze Baden-Württembergs überschreitenden Wanderung zugrunde gelegt wurde.

Demnach kann diese Aufteilung der Wanderungen auf die Regierungsbezirke nur als ein erster und grober Versuch gewertet werden, der allerdings durch den als Basis gewählten Fünfjahreszeitraum, der auch eine Rezession einschließt, nicht unrealistisch erscheint.

⁴ Vgl. „Die Wanderungsbewegung Baden-Württembergs“ in Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 5/1969, S. 118 ff., insbesondere S. 122, Tabelle 5.

Der Vorausschätzung der Erwerbspersonen lagen in allen Regierungsbezirken übereinstimmend die auf der Basis 1968 aus dem Material des Mikrozensus für die Vorausschätzung auf Landesebene ermittelten *Erwerbsquoten* zugrunde. Da jedoch in der Erwerbsstruktur zwischen den Regierungsbezirken gewisse Unterschiede bestehen, wird durch die Benutzung gleicher Erwerbsquoten in allen Regierungsbezirken der Wert der Vorausschätzung der Erwerbspersonen etwas beeinträchtigt. Eine weitere Untergliederung der aus dem Material des Mikrozensus, einer Stichprobe, bei der nur 1 % der Bevölkerung befragt wird, für Fünfergruppen von Altersjahren anfallenden Erwerbsquoten auf Altersjahre und Regierungsbezirke läßt kaum bessere Ergebnisse erhoffen. Auch hier wird nach Vorliegen der tiefgegliederten Ergebnisse der Volkszählung 1970 eine wesentliche Verbesserung der Vorausschätzung möglich sein.

Alle Vorausschätzungen wurden mit Hilfe des vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg erstellten FORTRAN-Programms auf einer IBM 360/30 durchgerechnet.

Unterschiedliche Bevölkerungszunahme in den Regierungsbezirken

Nach den aus den Tabellen 2 und 3 sowie dem Schaubild ersichtlichen Ergebnissen der Bevölkerungsvorausschätzungen nimmt die Bevölkerung in allen Regierungsbezirken Baden-Württembergs zu, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Nach der Variante A, die nur die Bevölkerungszunahme aus Geburtenüberschüssen berücksichtigt, ist von Anfang 1969 bis Anfang 1985 im Land Baden-Württemberg⁵ mit einer Bevölkerungszunahme von 9 % zu rechnen. Diese Zuwachsrate wird im Regierungsbezirk Nordwürttemberg nur knapp erreicht und im Regierungsbezirk Nordbaden mit 6 % erheblich unterschritten. Der langsamere Bevölkerungsanstieg in den beiden Regierungsbezirken ist in dieser Vorausschätzungsvariante ohne Wanderungsgewinn eindeutig auf die niedrigeren Geburtenziffern zurückzuführen, die ihrerseits natürlich im Zusammenhang mit dem verhältnismäßig hohen Anteil großstädtischer, industrieller und evangelischer Bevölkerung gesehen werden müssen. Dagegen weisen im genannten Zeitraum die Regierungsbezirke Südbaden mit 11 % und Südwestfalen-Hohenzollern mit 12 % ein überdurchschnittliches Wachstum auf.

Die Auswirkungen der unterschiedlich hohen Geburtenziffern werden in der Variante C der Vorausschätzung durch den Wanderungsansatz zum Teil weiter verstärkt. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, erhält der Regierungsbezirk Nordbaden etwa einen seinem

⁵ Alle Vorausschätzungsdaten für das Land Baden-Württemberg sind nicht als Summe der vier Regierungsbezirke, sondern als eigenständige Vorausschätzung errechnet und in dem eingangs zitierten Beitrag veröffentlicht worden.

Tabelle 2 Voraussichtliche Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbspersonen bis 1985 in den Regierungsbezirken in 1000 Personen

Jahr (jeweils 1. Jan.)	Baden-Württemberg ²⁾				Nordwürttemberg				Nordbaden				Südbaden				Südwestfalen-Hohenzollern			
	Bevölkerung Ansatz ¹⁾		Erwerbspersonen Ansatz ¹⁾		Bevölkerung Ansatz ¹⁾		Erwerbspersonen Ansatz ¹⁾		Bevölkerung Ansatz ¹⁾		Erwerbspersonen Ansatz ¹⁾		Bevölkerung Ansatz ¹⁾		Erwerbspersonen Ansatz ¹⁾		Bevölkerung Ansatz ¹⁾		Erwerbspersonen Ansatz ¹⁾	
	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C
1969	8 714		4 094		3 401		1 630		1 874		895		1 846		843		1 592		726	
1970	8 772	8 807	4 101	4 121	3 424	3 435	1 631	1 638	1 883	1 890	895	899	1 859	1 868	846	851	1 605	1 612	729	733
1971	8 829	8 898	4 109	4 149	3 446	3 469	1 632	1 646	1 893	1 907	896	904	1 872	1 889	850	860	1 617	1 632	732	740
1972	8 882	8 987	4 121	4 181	3 466	3 501	1 634	1 655	1 901	1 923	897	909	1 885	1 911	855	869	1 629	1 651	736	748
1973	8 934	9 074	4 136	4 216	3 486	3 532	1 638	1 665	1 909	1 938	899	915	1 897	1 932	860	880	1 640	1 670	740	756
1974	8 983	9 160	4 153	4 253	3 504	3 563	1 642	1 676	1 916	1 953	901	921	1 909	1 954	866	890	1 652	1 689	744	765
1975	9 030	9 245	4 174	4 294	3 522	3 593	1 648	1 689	1 923	1 968	903	928	1 921	1 975	872	902	1 663	1 708	750	774
1976	9 077	9 329	4 199	4 339	3 539	3 622	1 656	1 704	1 930	1 982	907	936	1 933	1 996	880	914	1 674	1 727	756	785
1977	9 123	9 413	4 230	4 389	3 555	3 650	1 666	1 720	1 936	1 996	911	945	1 944	2 018	888	928	1 685	1 747	763	796
1978	9 168	9 497	4 263	4 442	3 571	3 679	1 678	1 738	1 942	2 010	917	954	1 956	2 040	897	942	1 696	1 766	771	808
1979	9 213	9 582	4 300	4 500	3 587	3 708	1 691	1 758	1 948	2 024	923	964	1 968	2 062	907	957	1 708	1 786	780	821
1980	9 259	9 668	4 341	4 560	3 604	3 736	1 705	1 778	1 954	2 038	929	975	1 981	2 085	918	973	1 719	1 806	789	835
1981	9 306	9 755	4 382	4 621	3 620	3 765	1 720	1 799	1 960	2 052	936	986	1 993	2 108	928	988	1 731	1 827	799	848
1982	9 354	9 844	4 425	4 684	3 637	3 795	1 736	1 821	1 966	2 067	942	997	2 006	2 132	939	1 004	1 744	1 848	808	862
1983	9 405	9 935	4 467	4 746	3 655	3 825	1 750	1 842	1 971	2 081	949	1 008	2 020	2 156	949	1 020	1 756	1 870	818	876
1984	9 457	10 028	4 505	4 804	3 674	3 857	1 765	1 863	1 978	2 096	955	1 018	2 034	2 181	958	1 034	1 770	1 893	826	889
1985	9 512	10 124	4 541	4 861	3 693	3 889	1 778	1 883	1 985	2 111	960	1 027	2 048	2 207	967	1 048	1 784	1 916	835	902

¹⁾ Variante A: Vorausschätzung ohne Wanderungsansatz, aber mit Ausländer-Korrekturmodell. – Variante C: Vorausschätzung mit Wanderungsansatz für Deutsche und Ausländer. ²⁾ Eigenständige Vorausschätzung für das Land Baden-Württemberg, nicht als Summe der vier Regierungsbezirke ermittelt.

Tabelle 3

Bevölkerung Anfang 1969 und 1985 in den Regierungsbezirken

Bezeichnung	Baden-Württemberg		Nordwürttemberg		Nordbaden		Südbaden		Südwestfalen- Hohenzollern	
	Vorausschätzungsansatz ¹⁾									
	A	C	A	C	A	C	A	C	A	C
Bevölkerung am 1. 1. 1969 in 1000 Personen										
Männer	4 179		1 649		893		877		759	
Frauen	4 535		1 751		981		969		834	
Zusammen	8 714		3 401		1 874		1 846		1 592	
Bevölkerung am 1. 1. 1985 in 1000 Personen										
Männer	4 641	4 966	1 816	1 919	965	1 033	993	1 077	866	936
Frauen	4 871	5 159	1 877	1 970	1 020	1 078	1 055	1 130	918	980
Zusammen	9 512	10 124	3 693	3 889	1 985	2 111	2 048	2 207	1 784	1 916
Bevölkerungszunahme in % bei										
Männern	11,1	18,8	10,1	16,4	8,1	15,7	13,2	22,8	14,1	23,3
Frauen	7,4	13,8	7,2	12,5	4,0	9,9	8,9	16,4	10,1	17,5
Zusammen	9,2	16,2	8,6	14,3	5,9	12,6	10,9	19,6	12,1	20,4

¹⁾ Variante A: Vorausschätzung ohne Wanderungsansatz, aber mit Ausländer-Korrekturmodell. – Variante C: Vorausschätzung mit Wanderungsansatz für Deutsche und Ausländer.

jetzigen Bevölkerungsanteil entsprechenden Wanderungsanteil, wogegen auf Nordwürttemberg ein erheblich niedrigerer und auf Südbaden und Südwestfalen-Hohenzollern den momentanen Anteil an der Bevölkerung übertreffende Wanderungsanteile entfallen.

Damit ergibt sich in der Variante C für die Zeit von Anfang 1969 bis Anfang 1985 für das Land Baden-Württemberg eine Bevölkerungszunahme um 16 %; unter diesem Mittel liegt die Zunahme in Nordbaden mit 13 % und in Nordwürttemberg mit 14 %, erheblich darüber liegt mit 20 % die Zunahme der Bevölkerung in den beiden südlichen Regierungsbezirken. Es ist insbesondere auch aus dem Schaubild klar zu ersehen, daß gegenüber der Vorausschätzung ohne Wanderungsgewinn durch die zusätzliche Einbeziehung der Wanderungsbewegung Nordwürttemberg gegenüber dem Landesdurchschnitt zurückfällt, wogegen Südbaden und Südwestfalen-Hohenzollern Zunahmen verzeichnen.

Etwa ab 1975 übertrifft die Bevölkerung Südbadens die Nordbadens

Am Rande sei vermerkt, daß, wie aus Tabelle 2 zu ersehen ist, unter den gewählten Vorausschätzungsannahmen die unterschiedliche Bevölkerungszunahme in den Regierungsbezirken dazu führen dürfte, daß etwa zwischen 1974 und 1976 der zur Zeit der Personenzahl nach zweitgrößte Regierungsbezirk Nordbaden durch das rascher wachsende Südbaden auf die dritte Stelle verwiesen wird.

Bemerkenswert ist, wie aus Tabelle 3 für alle Regierungsbezirke und Vorausschätzungsansätze ersehen werden kann, die gegenüber den Männern weit schwächere Bevölkerungszunahme der Frauen. Diese Entwicklung, die für das ganze Land Baden-Württemberg zu beobachten ist, hängt mit dem allmählichen Abbau des Frauenüberschusses zusammen. Der als eine der demographischen Folgen der Weltkriege entstandene Frauenüberschuß wird im Vorausschätzungszeitraum dadurch vermindert, daß einerseits bei den Lebendgeborenen die Knaben überwiegen (etwa 106 Knaben- auf 100 Mädchengeburten) und andererseits die Frauen, die vor allem in den höheren Altersjahren überdurchschnittlich vertreten sind, durch die in diesen Altersgruppen höhere Sterblichkeit auch über-

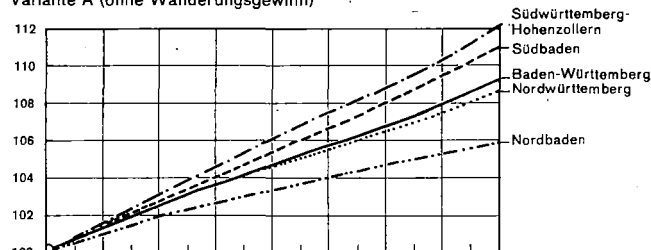
durchschnittlich vermindert werden. Der Abbau des Frauenüberschusses wird in der Variante C der Vorausschätzung durch den leichten Männerüberschuß der Wanderungsbevölkerung weiter verstärkt.

Gesamterwerbsquoten werden ab 1975 wieder steigen

Die in vorliegenden Bevölkerungsvorausschätzungen mitgerechneten Vorausschätzungen der Erwerbsperson sollen und können nur einen ersten groben Überblick geben. Wie bereits dargelegt, wurden in allen Regierungsbezirken die gleichen altersspezifischen Erwerbsquoten zugrunde gelegt, wodurch gewisse Unterschiede in der Erwerbsstruktur verwischt wurden. Weiterhin blieben die altersspezifischen Erwerbsquoten, ebenso wie bei der Vorausschätzung für das

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung bis 1985 in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs 1969=100

Variante A (ohne Wanderungsgewinn)



Variante C (mit Wanderungsansatz für Deutsche und Ausländer)

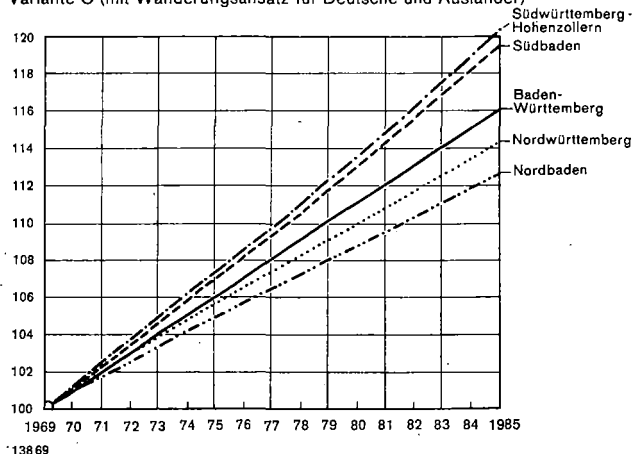


Tabelle 4 Erwerbsquoten in den Regierungsbezirken

Jahr	Baden- Württemberg	Nord- württemberg	Nord- baden	Süd- baden	Südwest- falen- Hohenzollern
Anfang 1969	46,7	47,9	47,8	45,7	45,6
Anfang 1975	46,3	46,9	47,1	45,5	45,2
Anfang 1980	47,0	47,5	47,7	46,5	46,1
Anfang 1985	47,9	48,3	48,5	47,4	46,9

Land Baden-Württemberg, während des gesamten Vorausschätzungszeitraums konstant. Wenn jedoch etwa die Erwerbsbeteiligung in den jüngeren Jahren durch verlängerte Ausbildung und in den höheren Altersgruppen durch einen zunehmenden Anteil von Personen, die vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, in erheblichem Maß weiter absinken sollte, müßte dies zu negativen Rückwirkungen auf Erwerbspersonenzahlen und Gesamterwerbsquoten der Bevölkerung führen. Schließlich sei noch erwähnt, daß möglicherweise in den einzelnen Regierungsbezirken – resultierend aus dem unterschiedlichen momentanen Stand – verschiedene hohe Anteile von Beschäftigten noch aus der Land- und Forstwirtschaft freigesetzt werden könnten, und diese freigesetzten Beschäftigten nehmen wegen ihres zum Teil schon hohen Alters oft keine andere Tätigkeit mehr auf.

Demnach spiegeln die vorliegenden Erwerbspersonenvorausschätzungen in erster Linie die Veränderungen der Bevölkerungszahl und ihrer Struktur, insbesondere der Altersstruktur, wider. Daher werden im Zusammenhang mit dem bis 1975 starken Anstieg der Bevölkerungszahl bei einem Stagnieren der Besetzung der erwerbsfähigen Jahrgänge im Alter zwischen 15 und 65 Jahren die Gesamterwerbsquoten⁶ der Bevölkerung in allen Regierungsbe-

⁶ Die Differenzen zwischen den Gesamtquoten nach den Vorausschätzungsvarianten A und C bleiben meist im Bereich des Rundungsfehlers.

zirken absinken. Von 1975 an dürften jedoch die Zuwachsraten der Erwerbspersonenzahl die der Bevölkerung übertreffen, so daß von da an die Gesamterwerbsquoten der Bevölkerung ansteigen werden.

Die Unterschiede im Niveau der Erwerbsquoten zwischen den Regierungsbezirken können bei vorliegendem Vorausschätzungsansatz nicht auf Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, sondern allein auf die unterschiedlichen Altersgliederungen der Bevölkerungen zurückgehen.

Vorliegende Vorausschätzungen können nur als ein erster Versuch gewertet werden, die Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbspersonen in den Regierungsbezirken nach bestimmten, vorgegebenen Bedingungen abzuschätzen. Eine Überprüfung der Annahmen und eine Verfeinerung der Vorausschätzungen, insbesondere der Erwerbspersonen, für die Regierungsbezirke sowie die Erstellung von Vorausschätzungen für große Stadt- oder Landkreise oder die Zusammenfassung mehrerer kleiner Kreise werden nach dem Vorliegen der hierzu benötigten detaillierten Ausgangsdaten aus dem Material der Volkszählung 1970 möglich sein.

Dr. Gerhard Gröner

Möglichkeiten und Grenzen der Vermögensermittlung für Baden-Württemberg

Mit ersten vorläufigen Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1969

Unter dem Einfluß des technischen Fortschritts in Verbindung mit dem raschen wirtschaftlichen Wachstum hat sich ein Wandel der Gesellschafts- und Sozialstruktur angebahnt, in dessen Verlauf die Fragen der Vermögensbildung und -verteilung in den Vordergrund der sozialpolitischen Diskussion gerückt worden sind. Daraus ergibt sich für die amtliche Statistik die Forderung nach einer Vermögensübersicht, deren Aufgabe es sein muß, den Vermögensbestand und seine Entwicklung nach Vermögensarten und nach seiner Verteilung auf die einzelnen Träger des Vermögens unter wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten nachzuweisen. Der Vermögensbegriff gibt sich dabei sowohl im national-ökonomischen als auch im sozialpolitischen Zusammenhang zu erkennen. Im ersteren Falle umfaßt er die für das Wachstum der Volkswirtschaft neben dem Produktionsfaktor Arbeit unentbehrliche Komponente Boden und Kapital. Sozialpolitisch muß Vermögen mehr unter dem Gesichtspunkt der Trägerschaft im privaten Bereich und der umstrittenen Verteilungsprobleme gesehen werden. Die folgende Darstellung beschränkt sich hauptsächlich auf den sozialpolitischen Aspekt, wobei unter Vermögen lediglich die in Geldwert schätzbaren Güter privater Haushalte verstanden werden sollen.

Statistische Grundlagen

Das statistische Instrumentarium erweist sich für eine umfassende Vermögensdarstellung noch als lückenhaft. So wird beispielsweise in der Vermögensteuerstatistik der breite Grundstock der nicht besteuerten kleinen und mittleren Vermögen überhaupt nicht erfaßt, und zudem liegt die Bewertung des Grundvermögens beträchtlich unter dem Verkehrswert¹. Weitere Teilvermögen sind über die Bankenstatistik, die Statistik der Bausparkassen und einige Verbandsstatistiken nachzuweisen. Alle diese fragmentarischen Anhaltspunkte lassen sich bestenfalls zu einer groben Schätzung montieren. Erste Ansätze zu einer Übersicht über die wesentlichsten Vermögenswerte der privaten Haushalte bietet dagegen die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969, für die etwa 7000 Haushalte Baden-Württembergs unter anderem über ihre Vermögensverhältnisse befragt wurden.

¹ Vgl. hierzu Wagner E.: „Das veranlagte Vermögen in Baden-Württemberg auf 1. Januar 1966“ in Stat. Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 3/1969, S. 68 ff.

Allgemeiner Überblick über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Neben den sozialpolitischen Aspekten rechtfertigt sich das Interesse der amtlichen Statistik am privaten Verbrauch und der privaten Vermögensbildung darin, daß etwa zwei Drittel des gesamten Sozialprodukts den privaten Haushalten in Form von Erwerbs- und Vermögenseinkommen zufließen. Außerdem kann der arbeitsteilige Wirtschaftsablauf, an dem auch diese Haushalte teilnehmen, nicht ohne statistische Orientierungshilfen überschaubar gemacht werden.

Neben der ersten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, die hauptsächlich auf den Nachweis von Art, Menge und Wert des Privaten Verbrauchs gerichtet war, zielt die zweite Erhebung des Jahres 1969 schwerpunktmäßig auf Erkenntnisse über die Bildung und Zusammensetzung von Haushaltseinkommen, sowie ihre Verwendung in den Bereichen des Verbrauchs und der Vermögensbildung. Das Verfahren beschränkte sich während zwölf Monaten auf die sogenannte Grobanschreibung ausgewählter Ausgaben und Einnahmen und umfaßte nur für den Monat Oktober die Feinanschreibung aller wirtschaftlichen Vorgänge, namentlich des Lebensmittelverbrauchs. Die über ein Grundinterview am Anfang des Jahres erfragten sozialen und wirtschaftlichen Gliederungsmerkmale der Haushalte geben auch erste Aufschlüsse über das Vorhandensein und die Art einzelner Vermögenswerte. Mit einer in Baden-Württemberg erfolgten Zusatzbefragung über die Höhe der Vermögensbestände konnten erste konkrete schichtbezogene Durchschnittsvermögenswerte, aber auch erste Vorstellungen über eine mögliche Größenordnung des Vermögens aller privaten Haushalte gewonnen werden. Über methodische Einschränkungen, die einstweilen in Kauf genommen werden müssen, wurde bereits früher berichtet².

Der Katalog dieser Vermögensfragen mußte sich aus psychologischen Gründen auf diejenigen Anlageformen beschränken, deren Offenbarung erfahrungsgemäß noch zu erwarten war. Er umfaßt daher folgende Guthaben und Schulden:

Guthaben am 1. 1. 1969:

Stand der Giro- und Postscheckkonten (Haben)
Spareinlagen (Spar- und Postsparbücher)

² Vgl. Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 8/1969, S. 239 f.